

CHRISTEN IN DER DEMOKRATIE

Diesen Artikel drucken wir mit freundlicher Genehmigung der SCM Verlagsgruppe aus dem Buch „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ von Ulrich Parzany ab (2. Aufl. 2018, S.159-176 – ISBN: 978-3-7751-5883-1). Wir möchten das gesamte Buch empfehlen. Die Redaktion

Ulrich Parzany, Kassel

Jesus hat seinen Nachfolgern nicht versprochen, dass sie in freiheitlichen, rechtsstaatlichen Verhältnissen leben würden. Er hat erst recht nicht gesagt, dass ein Leben in seiner Nachfolge nur unter freiheitlichen und rechtsstaatlichen Bedingungen gelebt werden könne. Im Gegenteil, er hat Verrat, Verfolgung und Märtyrertod vorausgesagt (Matthäus 10,16-26), und dies gehört keineswegs der Vergangenheit an.

Doch in Teilen Europas leben wir schon seit Jahrzehnten in freiheitlichen Demokratien und können unserem Glauben auch öffentlich Ausdruck geben. Wie sollen wir Worte der Bibel wie Römer 13,1-7 und 1. Petrus 2,11-17 in unserer Lage verstehen? Wer ist in der Demokratie die Obrigkeit, der wir untertan sein sollen? Die Regierung? Das Parlament? Ja, aber im Auftrag des

Volkes, das ein Parlament wählt. Grundsätzlich gilt: Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Bevor wir sofort kritisch fragen, ob das wirklich stimmt und ob wir letzten Endes in diesem Staat tatsächlich etwas zu sagen haben, stellen wir fest: Wir sind das Volk. Wir Christen gehören auch dazu. Wir sind aufgefordert und eingeladen, an der Gestaltung des gemeinsamen Lebens der Menschen in diesem Staat mitzuwirken. Wir werden dazu nicht gezwungen. Es gibt noch nicht einmal Wahlzwang, aber Wahlrecht für alle Staatsbürger von einem bestimmten Alter an. Aktives und passives Wahlrecht. Wir können wählen und uns wählen lassen.

Es gab und gibt Christen, die sich an der Politik nicht beteiligen wollen. Auch dazu haben sie ein Recht. Sie sollten sich aber wenigstens bewusst machen, dass sie in jedem Fall an der Politik mitwirken. Es gilt der einfache Grundsatz: Wer schweigt, fördert, was im Gange ist. Auch wenn man sich nicht dafür interessiert, was da im Gange ist. Es gibt immer Politiker, die davon profitieren, wenn nur wenige wählen gehen und viele schweigend hinnehmen, was auch immer irgendwo von irgendwem entschieden wird. Wenn einem das Ergebnis am Ende nicht passt, soll sich nicht beschweren, wer am Zustandekommen durch Schweigen mitgewirkt hat.

Jeder sollte sich nach bestem Wissen und Gewissen informieren und möglichst bei Wahlen mitbestimmen. Die Mitwirkung fängt in der Nachbarschaft, im Stadtteil und im Elternbeirat der Schulklasse der Kinder oder in der Firma an. Wer in Parlamenten von Städten, Ländern oder Bund mitwirken will, muss entsprechende Fähigkeiten mitbringen, die nicht jeder Christ hat. Wer jedoch Interesse und Begabungen hat, sollte prüfen, ob Gott ihn in einem Dienst für das Gemeinwohl einsetzen will. Zur Lösung der Probleme einer Gesellschaft braucht man Verstand und Kenntnisse. Zuerst muss man die Probleme verstehen. Dann muss man Lösungen finden. Dann muss man Leute finden, die die Sache unterstützen. Politik ist Mannschaftsarbeit. Allein kann man nichts durchsetzen. Man muss also auch mit Andersdenkenden zusammenarbeiten und Kompromisse machen, um dem Ziel wenigstens etwas näher zu kommen, wenn man es nicht ganz erreichen kann.

Man kann Politik mit unterschiedlichen Zielen betreiben:

- » Verfolgen eigener Interessen und Erreichen finanzieller oder rechtlicher Vorteile
- » Beheben von Missständen
- » Erreichen von mehr sozialer Gerechtigkeit



- » Erreichen von besseren Rahmenbedingungen in bestimmten Bereichen: Schulbildung, berufliche Ausbildung, Gesundheitswesen, Baurecht, Verkehrswesen, Natur- und Umweltschutz, Sicherheit, internationale Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit
- » Für Menschen eintreten, die das selbst nicht können

Ich will gern unterstellen, dass Menschen sich aus guten Beweggründen in politischer Arbeit engagieren. Je nach politischer Überzeugung bewerten wir bestimmte Zielsetzungen als richtig oder falsch, gut oder böse, egoistisch, gruppenegoistisch oder auf das Gemeinwohl ausgerichtet. Um die Ziele und die Mittel zur Erreichung der Ziele wird gestritten. Es muss in einer Demokratie auch öffentlich gestritten werden – in den Parlamenten und außerhalb. Nur so ist Meinungsbildung möglich.

Christen sind nicht unbedingt die besseren Politiker. Andere können klüger und erfahrener sein. Aber wir hoffen, dass Christen ihr Gewissen an Gottes Wort schärfen, nach Gerechtigkeit streben, nicht zuerst den eigenen Vorteil suchen, nicht aus Habgier und Geltungssucht handeln, obwohl sie nicht automatisch davon

frei sind. Wir hoffen, dass Christen ihre politischen Gegner nicht als Feinde behandeln. Sie sollten mit ihrem Verhalten bezeugen, dass sie von der Vergebung der Sünden leben. Sie können also Fehlverhalten eingestehen und um Vergebung bitten. Das ist in der politischen Arbeit nicht selbstverständlich.

DIE MEHRHEIT ENTSCHEIDET

Entscheidungen werden in demokratischen Prozessen mit Mehrheit getroffen – einfacher, absoluter oder Zweidrittelmehrheit, wenn nicht gar Einstimmigkeit als Bedingung vereinbart worden ist. Wo die Mehrheit entscheidet, gibt es Minderheiten, die mit den Entscheidungen nicht zufrieden sind. Aber Mehrheiten müssen nicht immer recht haben, auch wenn sie in Parlamenten mit Mehrheitsbeschlüssen ihre Meinung zu Gesetzen und damit zu geltendem Recht für alle Bürger machen. In den meisten Entscheidungen in der Politik geht es nicht um Gewissensfragen und Grundrechte. Wenn es um Sachfragen geht, kann man Mehrheitsentscheidungen aushalten, auch wenn sie einem nicht gefallen.

Aber es geht in der Gesetzgebung auch immer wieder um Gewissensfragen. Im Bundestag haben die Bundestagsfraktionen den sogenannten Fraktionszwang aufgehoben, wenn sie gewährleisten wollten, was eigentlich von jedem Abgeordneten immer erwartet wird, dass er bei den Abstimmungen nur seinem Gewissen verantwortlich ist. Das war in letzter Zeit der Fall, als es um die Beihilfe zur Selbsttötung und um die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ging.

Was bedeuten solche Entscheidungen für Christen?

Gibt es da ein Problem? Kein Christ wird ja gezwungen, das Erlaubte zu praktizieren. Wenn Abtreibung unter bestimmten Bedingungen straffrei bleibt, muss niemand eine Abtreibung vornehmen, wenn er das nicht für recht hält. Aber was ist, wenn Druck durch Partner, Verwandte oder andere einflussreiche Personen ausgeübt wird? Und was ist mit Ärzten und Hebammen und Pflegekräften?

GIBT ES EINEN CHRISTLICHEN STAAT?

Hier stellt sich die Frage, ob es so etwas wie einen christlichen Staat gibt. Manche scheinen das zu bejahen oder sich zu wünschen. In

den vergangenen Jahrhunderten war Christentum in unserem Kulturkreis Staatsreligion. Da hat sich der Staat wohl als christlicher Staat verstanden. Ob das berechtigt war oder nicht, will ich hier nicht weiter erörtern. Uns muss die Frage beschäftigen, ob ein demokratischer Staat ein christlicher Staat sein kann oder soll.

Immerhin beginnt die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit den Worten »In Verantwortung vor Gott und den Menschen«. Welcher Gott ist gemeint? Unter den Personen, die das Grundgesetz formulierten, waren nicht nur Christen, sondern auch Atheisten und Agnostiker. Dass sie sich trotzdem auf eine solche Formulierung einließen, hing vor allem mit der schrecklichen Erfahrung der Nazi-Diktatur zusammen. Braune und rote Diktaturen hatten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf schreckliche Weise bewiesen, wozu der Mensch fähig ist, wenn er sich selbst als höchste Instanz sieht, die niemandem verantwortlich ist.

Das grundlegende Problem des freiheitlichen, säkularen Staates ist das bereits zitierte »Böckenförde-Diktum«: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«

Ernst-Wolfgang Böckenförde erklärt weiter:

»Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.

Ende der 1990er-Jahre hatte ich die Ehre, bei einem Frühstückstreffen zu sprechen, das Christen in Führungspositionen der Gesellschaft in einer zentraleuropäischen Hauptstadt veranstaltet hatten. Leute aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kirchen waren versammelt. Es

ging um die Bedeutung der Gebote Gottes. Ich werde nie vergessen, wie der Gesundheitsminister des Landes an meinem Tisch über die Schwierigkeit klagte, eine rechtsstaatliche Demokratie aufzubauen, wenn die Herrschaft des Rechts nicht von einer hinreichenden Zahl der Bürger mit Überzeugung anerkannt wird.

Er nannte zwei Beispiele: Ein Polizist stoppt auf der Straße Autofahrer und will ein Bußgeld wegen zu schnellen Fahrens kassieren. Was ist, wenn man nicht sicher sein kann, dass der Polizist im Dienst ist? Vielleicht hat er außer Dienst seine Uniform angezogen und kassiert für die eigene Tasche. Oder: Wie soll ein Gesundheitswesen gerecht reformiert werden, wenn die Mehrzahl der Chefarzte korrupt ist? Ich konnte nicht beurteilen, wie real oder konstruiert diese Beispiele waren. Klar wurde jedoch, dass eine demokratische Gesellschaft eine hinreichende Anzahl an Bürgern braucht, die mit Überzeugung für die Geltung des Rechts eintreten, auch wenn es nicht zu ihrem eigenen Vorteil ist. In jeder Gesellschaft gibt es Schurken. Aber wenn in der Gesellschaft die Schurken, die das Recht missachten, in der Mehrzahl sind, kann ein freiheitlicher Rechtsstaat nicht existieren. Es ist bekanntlich schwer genug, Menschen vom Bösen abzuhalten. Völlig unmöglich ist es, die Menschen zum Guten zu zwingen.

Die Moral der Herrschenden war und ist für Christen genauso wenig maßgebend wie die Moral der Mehrheit der Gesellschaft. Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Wenn aber ein freiheitlicher Staat darauf angewiesen ist, dass hinreichend viele Bürger freiwillig bereit sind, die Grundrechte zu achten und für ihre Verwirklichung einzutreten, wie kann er dann solche Bereitschaft in den Menschen schaffen und erhalten? Die Mittel des Staates sind Gesetze, die er mit Androhung von Zwang durchzusetzen versucht.

Woher sollen aber die Voraus-

setzungen kommen, von denen der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt, wenn er sie selbst nicht schaffen und garantieren kann? Hier liegt die Sorge begründet, die nicht wenige heute im Blick auf unsere demokratische Gesellschaft haben. Könnte es sein, dass der ethische Grundkonsens in unserer Gesellschaft schrumpft? Jeder ist sich selbst der Nächste? Ellbogen-gesellschaft? Recht wird mit eigenem Vorteil verwechselt? Gemeinschaft dient nur zur rücksichtslosen Durchsetzung von Gruppeninteressen?

Ich glaube nicht, dass es christliche Politik gibt. Es gibt Christen in der Politik. Hoffentlich viele. Aber bei der Analyse von Problemen und bei der Suche nach Lösungen können auch Christen irren. Vieles ist sicher gut gemeint. Aber die Folgen und Nebenwirkungen kann man oft nicht voraussehen.

Sollten Christen daher nicht wünschen, dass die Gebote Gottes zu staatlichen Gesetzen werden? Gottes Gebote tun allen Menschen gut – das ist zum Beispiel die Logik des Islam. Dem geht es darum, dass die Gebote Gottes, so wie sie im Koran und in der Sunna (der Tradition) nach islamischem Glauben offenbart sind, möglichst weitgehend in staatliche Gesetze übertragen werden – wenn nötig mit Zwang.

Das kann aber auf keinen Fall das Ziel von Christen sein, weil Gottes Gebote, wie sie in der Bibel geoffenbart sind, nicht nur Taten, sondern auch Gedanken und Motive betreffen. Ehebruch und Mord beginnen in Gedanken und Gefühlen. Diebstahl wurzelt in Habgier und Neid. Gedanken und Motive aber können von menschlichen Gerichten nicht wahrheitsgemäß bewiesen und gerecht beurteilt werden. Sie sind nicht justiziabel, wie man das nennt.

In totalitären Staaten werden Gerichtsprozesse von Gesinnungsschnüffelei und Verleumdung bestimmt. Die Macht bricht das Recht. Sogenannte Gottesstaaten terrorisieren ihre Staatsbürger. Dafür gibt es leider auch schreckliche Beispiele aus den Zeiten, in denen das Christentum als Staatsreligion Regierungen bestimmt hat.

Christen sollen und können aus der Kraft des Heiligen Geistes nach den Geboten Gottes leben. Gott ist

unser Richter. Vor ihm können wir wahrhaftig leben, Versagen bekennen und Vergebung der Sünden erbitten und empfangen. Christen in der Politik sollen fragen, wie Gerechtigkeit und Barmherzigkeit im gesellschaftlichen Miteinander von Christen, Andersgläubigen, Atheisten und Agnostikern angemessen und justiziabel umgesetzt werden können. In der Beantwortung dieser Fragen werden Christen, die sich in der Politik engagieren, verschiedene Erkenntnisse haben und zu unterschiedlichen Lösungsvorschlägen kommen.

Wir Christen sollen nicht mithilfe von staatlichen Gesetzen – also durch Androhung und Vollzug von Gewalt und Zwang – durchsetzen, was wir durch unsere Verkündigung und Seelsorge auf freiwilligem Wege nicht erreichen. Das hat mich geleitet, als ich der Abschaffung des § 175 StGB (Strafbarkeit von homosexuellen Handlungen) und der Veränderung im Ehescheidungsrecht vom Schuldprinzip zum Zerrüttungsprinzip zugestimmt habe. Mich hat überzeugt: Was wir Christen nach der Bibel als Sünde bewerten und was Gott verurteilt, muss der Staat nicht strafrechtlich verfolgen.

Tatsache ist allerdings auch, dass durch die Gesetzgebung das Bewusstsein der Menschen geprägt wird. Wenn etwas straffrei ist, muss es doch erlaubt sein, oder? Auch Christen werden dadurch beeinflusst.

Seit der Christianisierung Europas ist das Christentum Staatsreligion gewesen. Auch nach der Reformation hat sich das nicht geändert. Seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 galt der Rechtsgrundsatz »Cuius regio, eius religio« – wer regiert, bestimmt die Religion seiner Untertanen. So wurde entschieden, ob die Untertanen römisch-katholisch oder lutherisch bzw. reformiert wurden oder blieben. Die Staatsreligion hat in Europa unser Denken geprägt. Christen gehen davon aus, dass die Gesetzgebung des Staates irgendwie mit den Geboten Gottes zusammenhängt. Man redet ja vom christlichen Abendland und bezeichnet die Länder Europas nicht selten als christliche Länder.

Wir sind es nicht gewohnt, dass Gesetze verabschiedet werden, die gegen Gottes Gebote verstoßen. Wir neigen zu der Meinung: Was

rechtlich erlaubt oder wenigstens nicht bestraft wird, muss irgendwie in Ordnung sein.

In der ersten Christenheit hat es niemanden überrascht, dass Regierungen, die Christen verfolgten, auch Gesetze erließen, die im Widerspruch zu Gottes Geboten standen. Die Moral der Herrschenden war und ist für Christen genauso wenig maßgebend wie die Moral der Mehrheit der Gesellschaft. Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Wenn wir das Evangelium verkündigen, sind die ersten Ziele die Ehre Gottes und die Rettung der Menschen. Keiner soll verloren gehen, weil Gott ihn liebt. Ein willkommener und gesellschaftlich wichtiger Nebeneffekt ist das zweite Ziel: Menschen, die Christus nachfolgen, setzen sich für das Wohl anderer Menschen und ihrer Umgebung ein: *»Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's euch auch wohl!«* (Jeremia 29,7).

Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann wurde oft mit den Worten zitiert *»Die Herren dieser Welt gehen, unser Herr kommt.«* Heinemann hatte sie auf dem Essener Kirchentag 1951 vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Nazi-Diktatur und angesichts neuer Machtkonstellationen gesagt. Es ist ein maßgebendes Wort für Christen angesichts der dauernden weltanschaulichen und politischen Machtkämpfe. Darum liegen Christen, die sich in der pluralistischen Gesellschaft ängstlich und defensiv verhalten, völlig falsch. Um unsere Zukunft brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Der auferstandene Jesus Christus wird das letzte und entscheidende Wort der Weltgeschichte sprechen und wir alle werden ihm Rechenschaft über unser Leben geben müssen.

Die Herausforderung für Christen besteht heute in einer doppelten Aufgabe:

Erstens: Sie müssen um Gottes und der Menschen willen ihren Glauben an Jesus Christus profiliert leben und das Evangelium persönlich und öffentlich einladend bekannt machen.

Zweitens: Sie müssen ihren Beteiligungen und den Herausforderungen der heutigen Welt entsprechend tatkräftig Mitverantwortung für das Wohl der Menschen und für die Gestaltung der Gesellschaft übernehmen.

RELIGIONSFREIHEIT – PRAKTIZIEREN ODER VERLIEREN!

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO lautet:

»Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.«

Alle Mitgliedsstaaten der UNO haben das anerkannt. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. In den islamischen Staaten besteht die Freiheit, die Religion zu wechseln, nur, wenn jemand sich zum Islam bekehrt. Wer den Islam verlässt und zum Beispiel Christ werden will, riskiert sein Leben.

In Deutschland sagt Artikel 4 des Grundgesetzes:

»Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.«

Was aber geschieht, wenn ein Muslim Christ wird? Wer wird ihn gegen den Druck und die Lebensbedrohung durch seine Verwandtschaft schützen? Die Polizei wird erst eingreifen, wenn es zu spät ist. Nicht selten müssen vom Islam übergetretene Christen untertauchen und sich durch Änderung ihres Namens und ihrer Adresse schützen. Dass so etwas auch in Deutschland immer wieder nötig ist, regt die meisten Deutschen nicht besonders auf. Sie finden es eher unangebracht, dass jemand sich zu Jesus bekehrt und dafür Lebensgefahr in Kauf nimmt.

Wir haben allen Grund, dafür zu sorgen, dass das Grundrecht der Religionsfreiheit nicht ausgehöhlt oder gar eingeschränkt wird. Doch

Freiheitsrechte, die man nicht in Anspruch nimmt, kann man schnell verlieren.

Die Ausübung der Religionsfreiheit wird von einigen anderen Grundrechten in Deutschland gestützt. So garantiert Artikel 5 des Grundgesetzes:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.«

Artikel 8 ist wichtig, wenn es um öffentliche Veranstaltungen geht:

»Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.«

Außerdem garantiert Artikel 9:

»Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.«

Wir haben seit 1989 in Europa eine Religionsfreiheit für die einzelnen Menschen, wie es sie in der gesamten europäischen Geschichte vorher nicht gegeben hat. Nicht nur die braunen und roten Diktaturen, auch die Staatsreligionen haben vorher die Glaubensfreiheit eingeschränkt. Die Regierungen bestimmten, was die Untertanen zu glauben hatten.

Heute aber sind alle Türen offen. Wir haben Mittel und Möglichkeiten wie nie zuvor: Druckmedien, elektronische Medien, Verkehrstechnik, Kommunikationstechnik, finanzielle Mittel. Man muss sich einmal ausmalen, was Paulus gemacht hätte, wenn er unsere Möglichkeiten gehabt hätte! Wir werden die Freiheit für die Christen aber nur in dem Maße erhalten, wie wir in die Öffentlichkeit gehen und die Freiheitsrechte wahrnehmen. Ich fürchte, die Auseinandersetzungen um den Islam

und seine rechtlichen Ansprüche werden dazu führen, dass Parlamente und Regierungen aus Gründen der Gleichbehandlung aller Religionen versuchen werden, auch die Rechte der Christen in der Öffentlichkeit einzuschränken. Sie werden bei der Mehrheit der Christen auf wenig Widerstand stoßen, weil sie sich aus Bequemlichkeit und Menschenfurcht schon freiwillig in den privaten Winkel zurückgezogen haben.

Die Regierung in Jerusalem verbot der ersten Gemeinde die öffentliche Wirksamkeit mit der Begründung der Rücksicht auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung. Doch die Jünger ließen sich nicht einschüchtern und sagten: »Wir können's ja nicht lassen, von dem zu reden, was wir gesehen und gehört haben« (Apostelgeschichte 4,20) und »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apostelgeschichte 5,29). Sie wurden geprügelt – und machten fröhlich weiter. Die Gemeinde betete um den Freimut, die Redefreiheit, die Gott gewährt, wenn menschliche Instanzen Redeverbot verhängen.

Wir haben in Deutschland Religionsfreiheit wie wenige Länder in der Welt. Die Chancen werden allerdings vertan, wenn wir Christen aus Bequemlichkeit und Feigheit diese Freiheit nicht nutzen.

Wer Jesus folgt, muss oft seiner Umwelt widersprechen. Die Mehrheit unserer Gesellschaft fragt nicht nach den Maßstäben der Bibel. Und wir Christen sind oft feige und auf unseren Vorteil bedacht. Wir passen uns der Mehrheit an.

Ein Appell zum mutigen Bekenntnis

Ein Weckruf ist nötig, dachte ich zunächst. Zu viele Christen schlafen. Sie wurden durch das bequeme Leben eingeschlüfert. Aber dann kamen mir Zweifel. Spätestens die überstürzte Einführung der Homo-Ehe muss die Christen geweckt haben. Spätestens der Jubel von Kirchenleitungen über diese radikale Veränderung muss doch den letzten Christen aus seinen Träumen gerissen haben. Was gestern noch als Sünde galt, soll ab jetzt unter

den Segen Gottes gestellt werden – da kann doch etwas nicht stimmen! Das muss doch jeder merken.

Und wer bisher schon seine Bibel gelesen und dem Wort Gottes vertraut hat, hat es sicher gemerkt. Trotzdem herrscht weithin ein betretenes Schweigen. Wer öffentlich widerspricht, wird als peinlicher Störenfried empfunden. Woher kommt das? Liegt es daran, dass sich der Konflikt ausgerechnet an der Frage der praktizierten Homosexualität entzündet hat? Das sei doch nicht das wichtigste Anliegen für Christen, heißt es. Aber als in den Kirchen mit Rücksicht auf den interreligiösen Dialog infrage gestellt wurde, dass Jesus allein der Retter für alle Menschen ist, kam auch kein Aufschrei. Und als in den Kirchen bestritten wurde, dass Versöhnung mit Gott nur durch den stellvertretenden Sühnetod von Jesus am Kreuz geschieht, kam ebenfalls kein Aufschrei. Das seien interne, zu schwierige theologische Fragen, die von den meisten gar nicht verstanden würden. Diese Themen kamen in den Massenmedien nicht vor. Und wir ticken ja inzwischen so: Was in den Massenmedien nicht vorkommt, gibt es nicht wirklich, daher muss es uns auch nicht beschäftigen.

Aber über den Konflikt um staatliche und kirchliche Anerkennung homosexueller Partnerschaften wurde in den Massenmedien oft ausführlich und überwiegend parteiisch für die Homo-Lobby berichtet. Wer gleichgeschlechtliche Partnerschaften und ihre Segnung ablehnte, wurde als rückständiger, unmenschlicher Fanatiker gebrandmarkt, der seine moralischen Grundsätze ohne Rücksicht auf das schwere Schicksal homosexuell empfindender Menschen durchsetzen wolle. Nicht selten wurden solche Leute sogar als Geistesverwandte der Nazis dargestellt, die Homosexuelle in die KZs geschickt hatten.

In diesem Klima scheint Anpassung an die öffentliche Meinung oder zumindest Schweigen geboten, wenn man gesellschaftlich nicht ins Abseits geraten will. Ich vermute, dass viele Christen die Problematik wohl mit Unbehagen sehen, aber sich nicht trauen, erkennbar Stellung zu beziehen. Sie fürchten, in ihren Gemeinden könnte es zu Streit und Spaltung kommen, wenn sie Stellung beziehen. Sie wollen keine schlafenden Hunde wecken. Und Gemeindeleitungen fürchten nicht

ohne Grund, in der Gesellschaft durch die Medien an den Pranger gestellt zu werden, wenn sie sich öffentlich zur Bibel als dem Wort Gottes bekennen und auch bezüglich der Homo-Ehe Stellung beziehen. Sie möchten gern einladende Gemeinden sein. Sie wollen nicht durch solche Stellungnahmen abschrecken. Verständlich, oder?

Aber wer Jesus Christus nachfolgen will, muss sich an ihm orientieren. Jesus verändert uns, und wir geraten dadurch oft in Gegensatz zur Gesellschaft um uns herum. Paulus fordert uns dazu ausdrücklich auf:

»Ich ermahne euch nun, Brüder und Schwestern, durch die Barmherzigkeit Gottes, dass ihr euren Leib hingebt als ein Opfer, das lebendig, heilig und Gott wohlgefällig sei. Das sei euer vernünftiger Gottesdienst. Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, auf dass ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene.« Römer 12,1-2

Lasst euch nicht in das Schema dieser Welt pressen! Das Wort Schema steckt in dem griechischen Tätigkeitswort »sich gleichstellen« (schematizesthe). Wer Jesus folgt, muss oft seiner Umwelt widersprechen. Ich hoffe, das ist in diesem Buch hinreichend begründet worden. Ich sage nicht, dass uns Christen das immer gelingt. Zu oft fallen wir zurück und leben nach dem Schema dieser Welt. Wir entschuldigen uns dann gern mit gesellschaftlichen Zwängen. Wir lassen uns durch den mehr oder weniger sanften Druck der Mehrheitsmeinung verführen. Wir kennen Niederlagen und Versagen. Wir sind nicht ohne Sünde.

Im Spiegel des Wortes Gottes sehen wir, dass unser Leben nicht so ist, wie Gott es will. Das beschämt uns. Aber wir staunen, dass Gott uns täglich unsere Schuld vergibt. Er wäscht uns täglich die Füße. Wir leben ganz und gar von der Gnade Gottes.

Aber es ist keine billige Gnade. Sie hat Jesus das Leben gekostet. Und sie ist nicht wirkungslos. Sie verändert uns. Aus Dankbarkeit wächst immer wieder neu in uns das leidenschaftliche Gebet: »Dein Reich komme. Dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden!« Unser Leben soll nach Gottes Willen umgestaltet

werden. Die Bibel bezeichnet diesen lebenslangen Prozess als Heiligung.

Die Mehrheit unserer Gesellschaft fragt nicht nach den Maßstäben der Bibel. Und wir Christen sind oft feige und auf unseren Vorteil bedacht. Wir passen uns der Mehrheit an. Wir wollen von den Menschen um uns herum anerkannt sein. Wir brechen Gottes Gebote, weil wir zeitgemäß sein wollen. Leider. Wir haben keinen Grund, selbstgerecht auf andere zu zeigen. Es stimmt: Wenn wir mit dem Finger auf andere zeigen, weisen drei Finger auf uns zurück.

Darum ist ein Appell zum mutigen Bekenntnis nötig. Die Gemeinde der Jesus-Nachfolger verdient es, jederzeit ermutigt zu werden. Wir müssen nicht resignieren. Der Herr Jesus Christus ist auferstanden und wird in Herrlichkeit wiederkommen. Und wir sind nicht allein.

Die Bibel berichtet vom Propheten Elia, der im Auftrag Gottes gegen den Abfall des Volkes Israel von Jahwe aufstehen musste. Es war im Volk Gottes populär geworden, Baal, den Gott der Fruchtbarkeit und des Erfolges, neben Jahwe zu verehren. Man wollte nicht fundamentalistisch exklusiv, sondern interreligiös tolerant sein. Das erschien in jeder Hinsicht zweckmäßig und zeitgemäß. Elia aber erinnerte an das erste Gebot Gottes: »Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.« Der Prophet erlebte zwar wunderbare Bestätigungen durch Gottes Handeln, aber der Kampf zermürbte ihn trotzdem. Er wurde lebensmüde und bat Gott, sterben zu dürfen. Doch Gott begegnete ihm und beauftragte ihn neu. Weil Elia dachte, er sei allein im Kampf gegen den Götzendienst, gab Gott ihm die Zusage: »Und ich will übrig lassen siebentausend in Israel, alle Knie, die sich nicht gebeugt haben vor Baal« (1. Könige 19,18).

Wir sind nicht allein und sollen nicht allein bleiben. Darum geht dieser Appell an Gemeinden und Gemeinschaften. Verdrängt die Kontroversen nicht! Tut nicht so, als gingen euch die aktuellen Auseinandersetzungen in den Kirchen nichts an. Bezieht gemeinsam Position! Vergewissert euch miteinander, warum die Bibel Gottes Wort ist! Vergewissert euch und verkündet, dass Jesus allein der Retter für alle Menschen ist! Studiert die Bibel und

begreift neu, warum Jesus Christus durch seinen stellvertretenden Tod am Kreuz unser Erlöser wurde. Gebt Rechenschaft über den Grund eurer Hoffnung: Jesus ist auferstanden und zur Rechten Gottes erhöht. Er wird wiederkommen, die Toten auferwecken, das Weltgericht halten und den neuen Himmel und die neue Erde schaffen.

Ermutigt und ermahnt euch gegenseitig in den Gemeinden, die Bibel als Wort Gottes anzuerkennen und die Gebote Gottes zu halten. Wir sind durch Jesus gerettet und gerecht vor Gott. Aus Liebe und Dankbarkeit folgen wir Jesus nach und halten die Gebote Gottes.

Die Irreführung geht heute auch von Kirchenleitungen aus. Darum ist es nötig, dass Gemeinden und Gemeinschaften öffentlich Stellung beziehen. Dadurch schützen und stärken sie die Gemeindeglieder in der öffentlichen Auseinandersetzung. Das gilt für alle Lebensbereiche. Zu verschiedenen Zeiten können in unterschiedlichen Lebensbereichen öffentliche Stellungnahmen nötig werden. Heute ist diese Entscheidung akut: Nachdem der Staat und viele Kirchenleitungen gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Ehe anerkannt haben, müssen Gemeindeleitungen erklären, dass sie gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht segnen oder trauen werden, weil sie dem Wort Gottes vertrauen und gehorchen.

ALSO, AN WEN RICHTE ICH DIESEN APPELL?

An mündige Christen. Werden sie sich in der Gesellschaft dazu bekennen, dass sie der Bibel als dem Wort Gottes vertrauen und Gottes Geboten folgen? Werden sie in ihren Gemeinden die Gültigkeit der Bibel als Maßstab für Glauben, Leben und Lehre bezeugen und Fragen stellen, die zur Klärung in der Gemeinde beitragen? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es.

An Pfarrer, Pastoren und Gemeindeleitungen. Werden sie dafür sorgen, dass in ihren Gemeinden die Autorität der Bibel als Wort Gottes und in den heute kontroversen Fragen biblische Positionen gelehrt werden? Werden sie dafür sorgen, dass diese Haltung der Gemeindeleitung innerhalb und außerhalb der Gemeinde bekannt

ist? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es.

An ehrenamtliche und hauptamtliche Leiter von christlichen Verbänden und Werken. Werden sie sich durch öffentliche Stellungnahmen zur Autorität der Bibel als Wort Gottes und in den heute kontroversen Fragen zu biblischen Positionen bekennen? Werden sie so für ihre Mitglieder Leitung wahrnehmen und nach innen und außen Orientierung geben? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es.

An alle Verantwortlichen in Kirchen, Gemeinden, Gemeinschaften, Verbänden und Werken, die sich zur Autorität der Bibel als Wort Gottes bekennen und in den heute kontroversen Fragen öffentlich biblische Positionen beziehen. Werden sie sich lokal, regional und überregional in geeigneten Organisationsformen verbinden, um sich gegenseitig zu unterstützen, die Gemeinden zu stärken und gegenüber Kirchenleitungen sowie in der Gesellschaft gemeinsam Stellung zu beziehen? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es.

Werden sich die Christen in der Gesellschaft dazu bekennen, dass sie der Bibel als dem Wort Gottes vertrauen und Gottes Geboten folgen? Werden sie in ihren Gemeinden die Gültigkeit der Bibel als Maßstab für Glauben, Leben und Lehre bezeugen und Fragen stellen, die zur Klärung in der Gemeinde beitragen? Ich weiß es nicht. Ich hoffe es.

Wir Christen schätzen und genießen die Freiheit, die wir in unserem Rechtsstaat haben. Bisher jedenfalls. Wir bitten Gott und werden alles tun, damit diese Freiheit erhalten bleibt. Allerdings müssen wir nüchtern und ohne Illusion sein. Jesus hat seinen Leuten nicht versprochen, dass sie ihren Glauben immer unter komfortablen Rahmenbedingungen leben können. Wenn uns diese Freiheit nicht zugestanden wird, werden wir trotzdem Gott mehr gehorchen als den Menschen. Hoffentlich! Stellen wir uns darauf ein! Jesus hat uns zugesagt: »Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende« (Matthäus 28,20). ☛